

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

28. Juli 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

In der nördlichen Provinz Faryab griffen am 18.07.14 etwa 300 Aufständische mehrere Kontrollpunkte der Polizei an. Bei den bis 21.07.14 andauernden Kämpfen starben acht Polizisten und 28 Taliban-Kämpfer.

Am 21.07.14 tötete ein Selbstmordattentäter in der südlichen Provinz Helmand mindestens einen Zivilisten und einen Polizisten, als er sein mit Sprengstoff beladenes Auto neben einem Konvoi von Sicherheitskräften zur Explosion brachte. Rund 15 Menschen wurden verletzt. Bei einem weiteren Anschlag mit einer Bombe am Straßenrand kamen drei Soldaten ums Leben.

Am 22.07.14 verübte ein Selbstmordattentäter einen Anschlag in Kabul, bei dem vier Ausländer getötet und mehrere Personen verletzt wurden. Der Anschlag galt offenbar einer Unterkunft für ausländische Berater der Regierung in der Nähe des Flughafens. Der Angreifer soll eine Polizeiuniform getragen haben. Drei Opfer waren Wachposten aus Nepal.

Am 24.07.14 sprengte sich ein Selbstmordattentäter auf einem Markt in Khwaja Ghar (Hauptstadt des gleichnamigen Distrikts der nordostafghanischen Provinz Takhar) in die Luft. Der Anschlag soll einem Polizeifahrzeug gegolten haben, verfehlte aber sein Ziel. Stattdessen wurden sechs Zivilisten getötet und 26 verletzt.

In der westafghanischen Stadt Herat wurden ebenfalls am 24.07.14 zwei Frauen aus Finnland, die als Psychiaterinnen für eine internationale Hilfsorganisation tätig waren, von Unbekannten erschossen.

Weiterhin erschossen am 24.07.14 Unbekannte in der westafghanischen Provinz Ghor 15 Zivilisten (elf Männer, drei Frauen und ein Kind). Die Angreifer hatten deren Fahrzeuge angehalten und die Insassen zum Aussteigen gezwungen. Bei den Opfern soll es sich um Angehörige der Volksgruppe der Hazara handeln. Die Taliban bestreiten eine Beteiligung und verurteilten die Tat.

Kämpfe zwischen Taliban und afghanischen Sicherheitskräften wurden in den letzten zwei Wochen in den Provinzen Khost, Kandahar, Helmand und Parwan gemeldet. Dabei töteten afghanische Truppen 31 Taliban-Kämpfer, 15 weitere wurden verletzt.

Pakistan

Fünf Frauen bei Säureattacken verletzt

In der südwestlichen Provinz Balochistan wurden in der vergangenen Woche mindestens fünf junge Frauen bei Säureattacken verletzt. Die Anschläge ereigneten sich in den Städten Mastung und Quetta.

Syrien

IS erobert Militärbasis/Gasfeld al-Schaar wieder unter Regierungskontrolle

Die radikalislamische Gruppierung Islamischer Staat (IS) eroberte am 25.07.14 eine Militärbasis in der nord-syrischen Provinz ar-Raqqa. Die Armee zog sich nach Gefechten aus dem Armeestützpunkt zurück. Mindestens 50 – andere Quellen sprechen von 85 – Soldaten wurden getötet, ein Großteil soll enthauptet worden sein. 28 militante Islamisten sollen ebenfalls ums Leben gekommen sein. Es handelte sich um die erste größere Konfrontation zwischen der syrischen Armee und der IS. Der syrischen Armee gelang es nach tagelan-

gen Kämpfen jedoch, das vom IS vor ca. zwei Wochen eroberte Gasfeld al-Schaar in der Provinz Homs wieder unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Anhaltende Kämpfe

Die Kämpfe gehen weiter, z.B. in östlichen Teilen der Hauptstadt Damaskus. Auch in den Städten Aleppo und Deir ez-Zor soll es am 24.07.14 zu heftigen Gefechten zwischen Regierungs- und Rebellentruppen gekommen sein.

Der Bürgerkrieg soll bisher mehr als 170.000 Todesopfer gefordert haben.

Opposition setzt ihre Interimsregierung ab

Am 22.07.2014 setzte die Generalversammlung der oppositionellen Nationalen Koalition die ihr unterstellte syrische Interimsregierung unter Ahmed Tome ab. Grund dafür waren die Streitigkeiten zwischen dem von Saudi-Arabien und dem von Katar unterstützten Flügel innerhalb des Bündnisses.

Gazastreifen/Israel

UN-Sicherheitsrat fordert einstimmig Waffenruhe in Gaza

Der UNO-Sicherheitsrat hat in der Nacht zum 28.07.14 Israelis und Palästinenser im Gaza-Konflikt einstimmig zu einer „sofortigen und bedingungslosen humanitären Waffenruhe“ aufgerufen. Die Konfliktparteien sollen demnach während des islamischen Fests des Fastenbrechens (Eid al-Fitr) und darüber hinaus das Feuer einstellen. Der Sicherheitsrat fordert die vollständige Beachtung des internationalen Rechts, einschließlich des Schutzes der Zivilisten, und wiederholt seine Forderung nach Schritten zum Wohlergehen der Zivilisten, heißt es in dem Papier. Israel hat den Beschuss von Zielen im Gazastreifen nach Informationen aus Militärkreisen eingestellt. Diese Feuereinstellung sei unbeschränkt, sagte ein Insider am 28.07.14. Die Militäraktionen gegen die Tunnel im Gazastreifen würden aber fortgesetzt. Seit Beginn der Kämpfe vor drei Wochen kamen nach Angaben von Rettungskräften mehr als tausend Palästinenser um, die meisten von ihnen Zivilisten. Auf israelischer Seite wurden fast 50 Menschen getötet, bei ihnen handelt es sich beinahe ausschließlich um Soldaten.

Türkei

Ranghohe Polizisten verhaftet

In einer landesweiten Aktion der Polizei wurden am 22.07.14 mindestens 55 hochrangige Polizeioffiziere festgenommen, davon 40 allein in Istanbul. Ihnen werden Spionage, illegale Abhöraktionen und Dokumentenfälschung gegen den inneren Kreis um Ministerpräsident Erdogan vorgeworfen. Unter den Beamten sind nach Medienberichten viele derjenigen, die im Dezember 2013 Korruptionsermittlungen gegen drei Minister der Regierung Erdogan sowie gegen Unternehmen und Kommunalbeamte eingeleitet hatten. Hintergrund ist ein Machtkampf zwischen Erdogans islamisch-konservativer Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) und der Bewegung des im Exil lebenden Fethullah Gülen, der besonders in Justiz und Polizei über zahlreiche Anhänger verfügen soll.

Iran

EU lockert Sanktionen bis Ende November

Die EU hat eine Reihe von Wirtschaftssanktionen bis zum 24.11.14 aufgehoben. Davon begünstigt sind im Wesentlichen die Ölexporte, die nun weitergeführt werden können. Auch der Goldhandel mit der iranischen Regierung ist weiterhin möglich. Die fünf Vetomächte und Deutschland hatten sich am 19.07.14 mit Iran darauf verständigt, die Verhandlungen über ein endgültiges Atomabkommen bis Ende November zu verlängern.

Flughafen von Teheran gilt als Drehkreuz für illegale Waffenlieferungen

Nach Informationen westlicher Geheimdienste sollen die Pasdaran (Revolutionswächter) den zivilen Flughafen Imam-e Khomeini zu einem Drehkreuz für Waffenlieferungen ausgebaut haben. Beliefert werden danach

das Assad-Regime in Syrien, die schiitische Hizbollah-Miliz im Libanon und weitere militante Gruppen im Nahen Osten und der arabischen Welt. In einem besonderen Arsenal des Flughafens seien Kurzstrecken-Raketen des Typs Fateh-110 mit mehr als 200 km Reichweite eingelagert, ebenso Fajr-5-Artillerie-Raketen, wie sie schon die Hizbollah, die Gruppe Jihad al-Islami aus dem Gazastreifen und möglicherweise die Hamas eingesetzt haben. Auch Antischiffsraketen des Typs C-802 Noor, Flug- und Panzerabwehrgeschosse, Mörsergranaten sowie Kleinwaffen und Munition würden hier umgeschlagen.

Iran bekennt sich zur Aufrüstung der Hamas

Die iranische Regierung hat sich zur militärischen Aufrüstung der radikalislamistischen Hamas im Gazastreifen bekannt. Die Palästinenserorganisation hätte Technologie für die Waffenproduktion gebraucht, sagte am 24.07.14 der iranische Parlamentspräsident Ali Larijani nach Angaben der Internetseite des arabischsprachigen Senders al-Alam. Inzwischen seien die Kämpfer in Gaza in der Lage, sich selbst mit Waffen zu versorgen. Schon während der Auseinandersetzungen zwischen der Hamas und Israel im Herbst 2012 war Larijani nach eigenen Angaben „stolz“ auf die militärische und finanzielle Hilfe Irans für die Hamas.

Vier Journalisten festgenommen

Nach einem Bericht der Zeitung „Washington Post“ wurden am 22.07.14 ihr Korrespondent Jason Rezaian und dessen Ehefrau Yeganeh sowie zwei freie Fotografen festgenommen. Über die Gründe sei bislang nichts bekannt. Das US-Außenministerium habe vom Vorfall Kenntnis. Ein Sprecher der iranischen UNO-Mission in New York sagte in einer ersten Reaktion, man prüfe den Sachverhalt.

Libyen

Anhaltende Gefechte – Reisewarnung des AA

Bei den Parlamentswahlen vom 25.06.14 haben die nichtreligiösen Kräfte die Mehrheit errungen. Libysche Medien stimmen jedoch im Wesentlichen darüber ein, dass die bürgerlichen Kräfte eine klare Mehrheit bilden. Die bisher dominierenden Islamisten zögern trotz internationaler Kritik die Machtübergabe an das neu gewählte Parlament bis zum letztmöglichen Datum, den 04.08.14, hinaus.

Inzwischen ist die Sicherheitslage immer noch nicht stabil, die Gefechte dauern an. Insbesondere in Bengasi und Tripolis intensivieren sich die militärischen Auseinandersetzungen. In Bengasi starten die reguläre Armee und Truppen des abtrünnigen Generals Khalifa al-Haftar eine weitere Welle von Militärschlägen gegen islamistische Extremisten. Die Kämpfe um die Kontrolle über den internationalen Flughafen in Tripolis dauern seit über zwei Wochen an.

Aufgrund der heftigen Auseinandersetzung schlossen die USA am 26.07.14 ihre Botschaft in Tripolis, die Mitarbeiter reisten nach Tunesien aus. Das Botschaftspersonal war bereits in den letzten Wochen reduziert worden. Auch das deutsche Auswärtige Amt hat am 27.07.14 wegen der anhaltenden Kämpfe zwischen den rivalisierenden Milizen alle Deutschen zur Ausreise aufgefordert. Zudem wird dringend vor Reisen in das Land gewarnt. Die Lage sei extrem unübersichtlich und unsicher, es bestehe ein hohes Anschlags- und Entführungsrisiko, heißt es in der Reisewarnung.

Frankreich, Großbritannien und Italien riefen ihre Staatsbürger mittlerweile ebenfalls zum Verlassen des Landes auf.

Ägypten

Tote auf dem Sinai

Im Norden der Sinaihalbinsel ermordeten islamistische Extremisten am 25.07.14 zwei ranghohe Offiziere.

Bei einem Mörserangriff in der Stadt Al-Dschura, der sich gegen Soldaten und Polizisten richtete, die Hausdurchsuchungen vornahmen, wurden am 26.07.14 vier Kinder getötet und vier Personen verletzt.

Nach Angaben der ägyptischen Regierung sollen in den vergangenen zwölf Monaten landesweit mehr als 500 Soldaten und Polizisten bei Anschlägen islamistischer Extremisten getötet worden sein.

Nigeria

Kano: Bombenanschlag auf Kirchgänger und Selbstmordanschlag

Am 27.07.14 wurde in Kano (Hauptstadt des gleichnamigen nördlichen Bundesstaates) ein Sprengsatz auf die Besucher der Sonntagsmesse in der katholischen Saint-Charles-Kirche geworfen, als diese die Kirche verließen. Die Kirche befindet sich im überwiegend von Christen bewohnten Stadtviertel Sabon Gari an der Zungeru Road. Ein Soldat, der die Kirche bewachte, sowie vier Kirchgänger wurden getötet und acht verletzt. Drei Verdächtige wurden verhaftet.

Gegen 13 Uhr desselben Tages näherte sich ein etwa 16 Jahre altes Mädchen in verdächtiger Weise im Stadtgebiet Kofar Nassarawa der „Nordwest“-Universität. Als sie von der Polizei kontrolliert wurde, zündete sie eine Bombe. Bei dem Anschlag starb die Attentäterin; fünf Polizisten wurden verletzt.

Beide Anschläge werden der islamistischen Terrororganisation Boko Haram zugeschrieben.

Bombenattentate in Kaduna auf prominenten Geistlichen und auf früheres Staatsoberhaupt

Bei zwei Bombenanschlägen am 23.07.14 in der nordnigerianischen Stadt Kaduna (Hauptstadt des gleichnamigen Bundesstaates) wurden rund 110 Menschen getötet. Der erste Anschlag galt dem prominenten Imam Sheikh Dahiru Bauchi. Nach unbestätigten Angaben soll ein Sprengsatz in einem Auto, nach anderen Angaben der Sprengstoffgürtel eines Attentäters gegen 13 Uhr detoniert sein, als Bauchis Konvoi im Stadtzentrum auf der Alkali Road im Stadtviertel Unguwar Sarki vorbeifuhr. Der Geistliche, der wiederholt die islamistische Terrorgruppe Boko Haram kritisiert hatte, blieb unverletzt.

Der zweite Angriff erfolgte gegen 14:30 Uhr und galt dem früheren General Muhammadu Buhari. Ein Selbstmordattentäter versuchte im Marktgebiet von Kadunas Stadtviertel Kawo das Fahrzeug von Buhari zu rammen, wobei die Bombe im Fahrzeug des Attentäters explodierte. Buhari war von 1983-1985 militärisches Staatsoberhaupt von Nigeria, erreichte bei den Präsidentschaftswahlen 2011 das zweitbeste Ergebnis und gilt derzeit als ein führender Politiker der größten Oppositionspartei APC als möglicher Präsidentschaftskandidat für die Wahlen 2015.

Für die Anschläge wird die Terrorgruppe Boko Haram verantwortlich gemacht.

DR Kongo

Angriff auf Camp Tshatshi

Am 22.07.14 griffen zwischen 13:00 und 13:30 Uhr Bewaffnete in Kinshasa das Militärlager „Camp Tshatshi“ an, in dem die Präsidialgarde stationiert ist. Der Angriff konnte zurückgeschlagen werden, wobei sieben Angreifer und ein Soldat getötet wurden. Nähere offizielle Informationen gibt es bislang nicht.

Zentralafrikanische Republik

Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet

In der kongolesischen Hauptstadt Brazzaville ist am 23.07.14 ein Waffenstillstandsabkommen für die Zentralafrikanische Republik unterzeichnet worden. Das zwischen den muslimischen Seleka-Rebellen und den christlichen Anti-Balaka-Milizen geschlossene Abkommen sieht die Einstellung der Kämpfe, die Wahrung der Menschenrechte und Erhaltung der nationalen Einheit vor. Es bleibt abzuwarten, ob damit die seit über einem Jahr anhaltenden Auseinandersetzungen tatsächlich beendet werden, zumal die Rebellen am Tag zuvor noch die Teilung des Landes in einen muslimisch dominierten Norden und einen christlichen Süden gefordert hatten.

Mali

Friedensgespräche zwischen Regierung und den Rebellengruppen

Die am 16.07.14 im algerischen Algier begonnenen Friedensverhandlungen zwischen der malischen Regierung und sechs Rebellengruppen wurden am 24.07.14 mit der Unterzeichnung eines Dokuments zur „Beendigung aller Feindseligkeiten“ vorläufig abgeschlossen. Desweiteren wurde das weitere Vorgehen

für die Fortführung der Friedensverhandlungen vereinbart. Mitte August sollen die Verhandlungen fortgeführt und im Herbst beendet werden.

Eritrea

UNO bildet Untersuchungskommission

Der UN-Menschenrechtsrat hat die Bildung einer Untersuchungskommission für Eritrea beschlossen. Es ist nach Syrien und Nordkorea die dritte Konfliktregion, für welche das UN-Gremium eine Kommission einsetzt. Die Untersuchungskommission soll ihren ersten Bericht bis März 2015 erstellen. In einer Erklärung verurteilte der UN-Menschenrechtsrat die anhaltenden und systematischen Verletzungen der Menschenrechte durch die eritreischen Behörden. Es komme zu willkürlichen und außergerichtlichen Hinrichtungen, Folter und unhaltbaren Haftbedingungen. Der Rat forderte ferner ein Ende der Praxis des zeitlich nicht begrenzten Militärdienstes und des Schießbefehls an den Landesgrenzen, der Eritreer vor einem Verlassen des Landes abschrecken soll. Seit Jahresbeginn fliehen nach Angaben der UN jeden Monat fast 4.000 Personen. Sie wollten der brutalen Unterdrückung und Zwangsarbeit entkommen, hieß es weiter.

Südsudan

Drohende Hungersnot

Am 25.07.14 forderte der UN-Sicherheitsrat die Geberstaaten zu großzügiger Hilfe auf. Wegen des Konflikts zwischen Regierungstruppen und Aufständischen drohe die Krise bald zu einer Hungersnot zu werden. Zugleich appellierte der Sicherheitsrat an die Geberstaaten, die Mitte Mai 2014 auf einer Konferenz in Oslo zugesagten Hilfsgelder in Höhe von 460 Mio. Euro zu zahlen.

Somalia

Drohende Hungersnot

Nach Angaben der Vereinten Nationen sind in Mogadischu derzeit 350.000 Binnenflüchtlinge von Hunger bedroht. Die Hilfsorganisationen seien mangels finanzieller Mittel nicht in der Lage, die Betroffenen ausreichend zu versorgen. Zudem drohe wegen anhaltender Dürre und Gewalt auch im Süden und Südosten Somalias eine Hungersnot.

Anschläge auf Prominente

Die Sängerin und Parlamentsabgeordnete Saado Ali Warsame und ihr Fahrer starben am 23.07.14, als Unbekannte auf ihr Fahrzeug schossen.

Der vor fünf Monaten ernannte Bürgermeister von Mogadischu, Hassan Mohamed Hussein Mungab, überlebte unverletzt einen Anschlag mit einer Landmine auf sein Fahrzeug. Ein Passant wurde durch die Explosion getötet, eine Frau verletzt.

Kosovo

Machtkampf

Das Verfassungsgericht des Kosovo hat am 24.07.14 alle Entscheidungen des neuen Parlaments für zwei Monate eingefroren. Daneben wurde die Wahl des Spitzenpolitikers Isa Mustafa zum Präsidenten der Volksvertretung aufgehoben. Das oberste Gericht folgte mit seiner einstweiligen Anordnung einem Antrag des bisherigen Regierungschefs Hashim Thaci und seiner PDK-Partei. Die PDK hatte zwar die Parlamentswahl gewonnen, war aber durch eine Koalition der bisherigen Oppositionsparteien in die Minderheit geraten. Diese Koalition hatte den Parlamentspräsidenten durchgesetzt und wollte auch die neue Regierung bilden. Demgegenüber meint der noch amtierende Regierungschef Thaci, ihm stehe als Chef der stärksten Partei das Amt des Parlamentspräsidenten und der Auftrag zur Regierungsbildung zu.

Russische Föderation/Nordkaukasus

Kadyrow veröffentlicht Bild des getöteten Top-Terroristen Umarow

Der tschetschenische Republikchef Ramsan Kadyrow hat am 19.07.14 auf seiner Instagram-Seite ein Bild des getöteten Top-Terroristen Doku Umarow publik gemacht, um endgültig klarzustellen, dass Umarow nicht mehr lebt. Denn Kadyrows frühere Erklärungen, wonach der tschetschenische Rebellenführer bei einem Sondereinsatz getötet worden sei, wurden von Vertretern der Sicherheitsdienste und von Journalisten bezweifelt. Kurz vor Kadyrow hatte der Direktor des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, Alexander Bortnikow, Journalisten mitgeteilt, dass die von Doku Umarow angeführte Gruppe bereits Ende 2013 aufgegriffen und der langgesuchte Top-Terrorist bei einem Einsatz des FSB getötet worden sei. Umarow hat zahlreiche Verbrechen in Russland bzw. im Nordkaukasus begangen. Zum Beispiel bekannte er sich zu den beiden Selbstmordanschlägen am 24.01.11 im internationalen Flughafen Moskau-Domodedowo und in der Moskauer U-Bahn am 29.03.10, die Tote und Verletzte forderten.

Ukraine

Regierungstruppen beginnen Offensive auf Donezk

Seit dem 26.07.14 haben die ukrainischen Regierungstruppen eine massive Offensive gegen die von prorussischen Separatisten gehaltene Stadt Donezk gestartet. Die Soldaten sollen bereits bis vor die Ortschaft Horliwka nördlich der Provinzhauptstadt vorgerückt sein. Nach der Eroberung von Horliwka ist die direkte Route für die Truppen der Anti-Terror-Operation in die Hauptstadt der Region Donbass – die Ein-Millionen-Stadt Donezk – offen. Die Armee hat seit dem 26.07.14 auch den Beschuss auf Donezk verstärkt. Immer mehr Menschen fliehen aus der Stadt. Donezk ist das Zentrum des monatelangen Aufstandes in der Ostukraine. Prorussische Separatisten haben dort ihre eigene Volksrepublik ausgerufen.

In der Region Donezk liegt auch die Absturzstelle des Flugzeuges MH17 der Malaysia Airlines. Die Ukraine und der Westen sind überzeugt, dass es von prorussischen Kämpfern abgeschossen worden ist. Bei dem Absturz waren 298 Menschen gestorben.

Poroschenko verneint einen Bürgerkrieg

Bei dem Konflikt in der Ostukraine handelt es sich nach den Worten des ukrainischen Präsidenten Poroschenko nicht um einen Bürgerkrieg, sondern um einen Kampf seines Landes gegen ausländische Söldner, Banditen und Terroristen. Es sei ein Kampf um die Souveränität, die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit der Ukraine. Laut Poroschenko handele es sich nicht um einen innerstaatlichen Konflikt.

Anschläge auf zwei Bürgermeister

Zwei Bürgermeister wurden am 26.07.14 Ziel von Anschlägen. Der Bürgermeister der zentralukrainischen Stadt Kremenchuk, Oleg Babajew, wurde nach Angaben des Innenministeriums in seinem Auto aus einem anderen Wagen heraus erschossen. Der bislang unbekannte Täter habe drei Schüsse abgegeben, sagte ein Ministeriumsvertreter. Angaben zum Hintergrund der Tat gab es bislang nicht. Babajew war seit 2010 Bürgermeister der Stadt mit mehr als 220.000 Einwohnern. Vorher war er als Mitglied der Partei „Vaterland“ der damaligen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko Abgeordneter im Parlament gewesen.

Bei einem weiteren Attentat in der westukrainischen Stadt Lwiw (das frühere Lemberg, rd. 730.000 Einwohner) wurden nach Informationen des Innenministeriums Granaten auf das Haus des Bürgermeisters Andrej Sadowij abgefeuert. Er sei nicht zu Hause gewesen und niemand sei verletzt worden. Der parteilose Sadowij gilt als einer der einflussreichsten Politiker in der Westukraine.

Indien

Scharia-Urteile für nichtig erklärt

Urteile von islamischen Gerichten sind in Indien rechtlich nicht bindend. Das hat der Oberste Gerichtshof am 20.07.14 entschieden. „Keine Religion darf die grundlegenden Rechte des Einzelnen einschränken“, hieß es im Urteil. In einer Petition war das Parallelsystem der muslimischen Gerichte angefochten worden mit dem Ziel, die Scharia-Gerichte grundsätzlich zu verbieten. Darauf ließ sich der Oberste Gerichtshof so nicht ein. Er erklärte, dass die religiösen Institutionen auch künftig Verordnungen erlassen dürfen, die jedoch nicht

bindend seien. Die schätzungsweise 150 bis 180 Millionen Muslime in Indien bilden in dem überwiegend hinduistischen Land eine starke Minderheit.

Die Petition bezog sich auf einen Fall aus dem Jahr 2005, der in Indien Entsetzen ausgelöst hatte. Damals annullierte ein Scharia-Gericht die Ehe einer 28-Jährigen und zwang sie, mit ihrem Schwiegervater zusammenzuleben. Der Mann hatte sie zuvor vergewaltigt.

Kambodscha

Politischer Stillstand nach einem Jahr beendet

Opposition und Regierung haben sich ein Jahr nach den umstrittenen Wahlen auf Reformen verständigt. Am 22.07.14 einigten sich der Führer der Oppositionspartei Cambodia National Rescue Party (CNRP) Sam Rainsy und Premierminister Hun Sen auf die Aufnahme der gemeinsamen Arbeit im Parlament. Im Gegenzug versprach die Regierung Reformen des Wahlgesetzes und die Freilassung mehrerer CNRP-Mitglieder, die vergangene Woche verhaftet worden waren.

Der politische Stillstand war durch die Parlamentswahlen vom Juli 2013 ausgelöst worden. Internationale Beobachter hatten von erheblichen Unregelmäßigkeiten berichtet, die die herrschende kambodschanische Volkspartei (CPP) bevorzugten. Oppositionsführer Rainsy erklärte daraufhin, dass seine Partei die Wahlergebnisse nicht akzeptieren könne, und forderte eine unabhängige Untersuchungskommission. Diese wurde aber nie eingesetzt. Daraufhin boykottierte die Oppositionspartei im September 2013 die Eröffnung des Parlaments. 55 der insgesamt 133 Sitze blieben leer. Eine normale Regierungsarbeit war so kaum möglich. Es kam immer wieder zu Protesten und Verhaftungen Oppositioneller. Premierminister Hun Sen dominiert die kambodschanische Politik seit mehr als drei Jahrzehnten. Zu seinen Verdiensten zählt, dass Kambodscha zu einer der am schnellsten wachsenden Wirtschaftsregionen Südostasiens gehört. Zugleich werden ihm regelmäßig Menschenrechtsverletzungen und die Unterdrückung von Kritikern und Gegnern vorgeworfen.

Kolumbien

Rebellen getötet

Bei zwei Militäreinsätzen am 23.07.14 gegen Stellungen der Ejército de Liberación Nacional (ELN) in der nördlichen Provinz Arauca im Grenzgebiet zu Venezuela sowie der Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) in der zentralen Provinz Meta sind mindestens 13 Rebellen getötet worden. Medien zufolge wurden acht Rebellen festgenommen.

Trotz der laufenden Friedensverhandlungen hatten die linksgerichteten Guerillaorganisationen in den vergangenen Wochen zahlreiche Anschläge verübt. Die FARC sprengte mehrere Straßen und Brücken, während die ELN Ölpipelines angriff. Die FARC verhandelt seit Ende 2012 in Kuba mit der kolumbianischen Regierung über eine Beilegung des jahrzehntelangen Konflikts. Mit der ELN laufen Vorgespräche für offizielle Friedensverhandlungen.